

Wirtschaftskrise – Währungsfrage? – Sozialismus!

„Von jetzt an werde ich nur soviel ausgeben, wie ich einnehme – und wenn ich mir Geld dafür borgen muss!“

(Mark Twain)

Vorwärts in die Vergangenheit! So simpel können alle bisherigen Reaktionen von Politik und Notenbanken auf die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren zusammengefasst werden. Dabei werden die Ursachen der Krise – eine absurde Regulierung, esoterische Risikomodelle, planwirtschaftliche Zinswillkür und exzessive Verschuldung – von deren Verursachern konsequent ignoriert.

Dafür unternehmen die Verantwortlichen aber alles, um der Finanzindustrie ein weiter-wie-bisher zu ermöglichen und präsentieren dem Publikum medienwirksam euphemistische Wortphrasen, wie „Marktversagen“ statt Staatsversagen, „Bad Bank“ statt Sozialisierung der Verluste oder „quantitative easing“ statt wir sind pleite und „bezahlen“ mit Geld, das noch schnell ... gedruckt werden muß!

Die Billionenbeträge, die jetzt den bereits aus über 40-jähriger Kleinarbeit resultierenden – schon heute nicht mehr zurückzahlbaren – Staatsschulden hinzugefügt werden, sind nach unserer Überzeugung nur geeignet, eine These des Politikers liebsten Ökonomen – John Maynard Keynes – empirisch zu belegen: *„Es gibt kein feineres und kein sicheres Mittel, die bestehenden Grundlagen der Gesellschaft umzustürzen, als die Vernichtung der Währung.“*

„Rezession ist ein vornehmer Ausdruck für das brutale Wort Wirtschaftskrise. Unsere Vorfahren nannten es schlicht und einfach schlechte Zeiten.“ (Unbekannt)

Als Reaktion auf die Depression der 30er Jahre stellte der Ökonom John M. Keynes jene Theorien auf, die im Verlauf der letzten Jahrzehnte von Ökonomen zu einer Art wissenschaftlicher Heilslehre uminterpretiert wurden. Politiker konnten damit das Blaue vom Himmel versprechen und „weisen“ Notenbankern war es vergönnt, schlechte Zeiten zu verhindern – dank fiskal- und geldpolitischer Konjunktursteuerung! Jeder Versuch einer „schöpferischen Zerstörung“ (J. A. Schumpeter) – auch Rezession genannt – wurde seitdem unter der Last von noch mehr Schulden und noch viel mehr billigem Geld erstickt. Doch eine an die Droge des billigen Kredites gewöhnte Wirtschaft benötigt aufgrund der damit verbundenen Fehlanreize immer mehr davon, so dass die in den 90er Jahren einsetzende, von Finanzspekulationen getriebene Blasenwirtschaft zur Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum wurde.

„Es besteht kein Zweifel, dass Alan Greenspan die globale Finanzkrise auf dem Gewissen hat.“ (Wirtschafts-Nobelpreisträger [Joseph Stiglitz](#))

Warnte Alan Greenspan 1996 die US-Aktienmärkte noch vor „*irrationalen Überschwang*“, war dieser – nach einem weiteren massiven Kursanstieg – nur zwei Jahre später das Ergebnis der „*industriellen Revolution*“ ... und nun keine Warnung mehr wert. Mit dem Platzen der Internetblase zur Jahrtausendwende mussten die Marktteilnehmer dann einerseits feststellen, dass sich der auf einer

Vermögenspreisinflation gründende Wohlstandseffekt nicht dauerhaft in der US-Gesellschaft verankern ließ und andererseits das Wettrennen um das geschöpfte Inflationsgeld, wie bei allen Finanzblasen in der Geschichte, in schwerwiegenden Betrugsskandalen mündete! Waren es seinerzeit noch Unternehmen wie Enron oder Worldcom, so sind es heute die Schneeballsysteme von Bernard Madoff oder Allen Stanford. Schon 1999 berichtete Amerikas erfolgreichster Investor, Warren Buffet, von einer sich abzeichnenden Skrupellosigkeit unter Managern. Immer mehr von ihnen sind nach seinen Worten nicht nur *„zur Ansicht gekommen, dass es völlig legitim ist, die Gewinne zu manipulieren, um die Wünsche von Wall Street zu befriedigen“*, sondern dass diese *„solche Manipulationen in der Tat nicht nur für zulässig, sondern für ihre Pflicht hielten!“*

Wie selbstverständlich senkte Alan Greenspan die US-Leitzinsen in der Folge auf ein 1%-Depressionsniveau und wies dabei die neue Richtung ... in einen seit 1997 stetig steigenden Markt: *„Das traditionelle US-Eigenheim ist zu einem höchst komplexen und ausgeklügelten Instrument geworden, das es erlaubt, alle möglichen Finanzprobleme zu lösen. Dank des Anstiegs der Immobilienpreise und der zunehmenden Zahl von Eigenheim-Besitzern kann der in den Häusern versteckte Reichtum auf ganz neue Arten nutzbar gemacht werden.“*

Über einen Banken-Buchstabencode (CDO, ABS, CDS, RMBS ...), dessen Risiko-Dechefrierung nur noch wenigen eingeweihten Investmentbankern möglich war, wurden so zwischen 2000-2006 rund 4 Billionen USD an unverhofften Reichtum in Form von neuen Krediten geschaffen. Die Greenspan`sche Wohlstandsformel – per Kredit zum Immobilienbesitzer und mit der Sicherheit steigender Preise ... über verschuldungsfinanzierten Konsum ... zu Wohlstand! – stieß dabei auf breite Resonanz, insbesondere unter denen, die ... Nichts hatten.

Mehr als 30% der weltweiten Nachfrage konzentrierten sich nun auf die USA, wo über eine Milliarde „glühender“ Kreditkarten die Shopping Malls plünderten – immer in der Erwartung, dass stetig steigende Immobilienpreise die Bezahlung ihres Wohlstandes garantieren. Die Lieferanten der Konsumparty – China, Japan und Deutschland – freuten sich einige Jahre über den unverhofften Boom ihrer Wirtschaft, während der Rest der Welt – ohne Rücksicht auf Verluste – nach Rohstoffen buddelte!

Nach dem Ende der Party im Spätsommer 2007 erwiesen sich dann die ausgewiesenen Buchgewinne der Banken, deren milliardenschwere Sofort-Boni-Abschöpfung aus Managersicht die logische Folge erfolgreichen Wirkens darstellte, als der große Bluff der ... Wall Street. Während der damalige US-Finanzminister Henry Paulson, Ex-Chef von Goldman Sachs – dem Giftmüll-Verpackungsexperten der ersten Stunde – noch Anfang Februar 2007 den Ahnungslosen mimte (*„Es gibt Kreditprobleme, aber sie sind begrenzt.“*) – begann das gigantische, auf Kreditbetrug errichtete Schneeballsystem langsam, aber sicher zu zerbröseln. Schon der erste Ratenzahltag verwandelte die millionenfach vergebenen Ninja-Hypothekenfinanzierungen (no income, no job & assets) in uneinbringliche Forderungen und Wall Street ... in ein Fachgeschäft für Zaubereibedarf der Investmentbanker und **ihrer** US-Regierung.

„Verschuldung ist nichts weiter als vorgezogener Konsum, der in der Zukunft ausfällt.“ (Dr. Hjalmar Schacht, 1923-1930 Reichsbankpräsident)

Obwohl noch jüngst US-Präsident Barack Obama („*Es gibt Anzeichen eines wirtschaftlichen Fortschritts*“) und FED-Chef Ben Bernanke („*Ich bin fundamental optimistisch mit Blick auf unsere Wirtschaft*“) „erleuchtet“ wurden, sieht die Realität ... nicht rosarot, sondern rabenschwarz aus!

Seit Januar 2008 verloren in den USA nunmehr offiziell 6,001 Millionen Amerikaner ihren Job, so dass die Zahl der Arbeitslosen mittlerweile auf über 25 Millionen gestiegen ist. Darüber hinaus „überleben“ nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums inzwischen bereits **33,157 Mio.** Amerikaner nur noch als Teilnehmer des Supplemental Nutrition Assistance Program (SNAP) mit 113,87 USD im Monat ... per Lebensmittelmarke. Trug der amerikanische Konsument noch vor der Krise mit 70% zum US-BIP bei, wird nun Entschulden statt Konsum zu dessen Devisen, wie der starke Anstieg der Sparquote bereits belegt. Die jetzt ausfallende Nachfrage schlägt natürlich voll auf die heimische Industrie durch, die im Mai-Jahresvergleich 13,4% weniger produzierte und mit einer Kapazitätsauslastung von nur noch 68,3% den tiefsten Stand seit Beginn der Datenerhebung 1967 markierte.

Auf der anderen Seite des Atlantiks trifft es nun, allen Abkopplungstheorien zum Trotz, auch die Lieferanten der kreditgetunten Konsumparty. Als wenn es kein Morgen mehr gäbe, haben diese Produktionskapazitäten errichtet, die bei Konsum nur gegen Sofort-Kasse keiner mehr braucht.

Amerikas Plasma-TV- und Spiele-Lieferant Nr. 1 Japan glaubt mittlerweile im falschen Film zu sein, denn das „verlorene Jahrzehnt“ wiederholt sich nun zum dritten Mal! Die Industrieproduktion liegt trotz eines Rekordanstieges im Mai (+5,9%) um 29,5% unter dem Vorjahresniveau, während der Export nach seinem Tief im Februar (-49,4%) im Mai noch immer bei -40,9% verharrt!

Die chinesischen Exporte fielen ebenfalls drastisch und markierten mit -26,4% auf Monatsbasis im Mai 2009 den größten Absturz seit Datenerhebungsbeginn 1995! Dennoch verkündete die chinesische Parteispitze im ersten Quartal 2009 ein BIP-Wachstum von märchenhaften +6,1%, nachdem der industrielle Energieverbrauch im selben Zeitraum nach Angaben der FINANCIAL TIMES um satte 8,38% schrumpfte. Dass die komplette „über Nacht“-Umstellung einer Wirtschaft auf Handarbeit das BIP steigernde Energieeffizienzen zutage fördert, dürfte selbst die Amerikaner, deren Konjunkturzahlen immer für eine Überraschung gut sind, überrascht haben.

Obwohl Peer Steinbrück im September letzten Jahres noch wortgewaltig behauptete, dass „*wir nicht in einer Rezession sind*“, ließ diese sich nicht abschrecken, auch in Deutschland vorbeizuschauen. Nachdem das BIP im 4. Quartal 2008 schon mit -1,7% im Jahresvergleich deutlich abstürzte, sackte dieses im ersten Quartal 2009 auf rekordverdächtige -6,7% durch. Selbst die -5%-BIP-Prognose des Chefvolkswirtes der Deutschen Bank, Norbert Walter, die Finanzminister Steinbrück noch als „*verantwortungslos*“ beschimpfte, ist inzwischen überholt. „*Mit immer schlechteren Nachrichten Aufmerksamkeit zu erheischen*“ überließ Steinbrück daher lieber Wirtschaftsminister zu Guttenberg: 6,0% BIP-Rückgang lautet nun die offizielle 2009er Prognose.

Doch es gab auch Positives zu berichten. Die deutsche Stahlbranche verbreitete an der Börse zuletzt gute Laune, denn deren Mai-Roheisenproduktion stieg im Vormonatsvergleich um 5% – so stark wie seit Februar 2006 nicht mehr – und befindet sich damit nur noch auf dem ... tiefsten Stand seit Oktober 1954! Die Rohstahlproduktion hingegen „stabilisierte“ sich dank 6 (von 15) noch produzierenden Hochöfen auf einem deutlich höheren Niveau – auf dem von 1959!

Seit Oktober 2008 wurden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit für rund 3 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit beantragt, und diese ist ... für bereits 1,3-1,4 Millionen Realität, – genau wie die damit verbundenen Lohneinbußen von rund einem Drittel! Die düstere Prognose der OECD, dass der weltweite Abschwung besonders tiefe Spuren in der exportabhängigen deutschen Wirtschaft hinterlassen würde, findet somit ihre Bestätigung.

„Der Sozialismus kann dazu dienen, die Gefahr aller Anhäufungen von Staatsgewalt recht brutal und eindringlich zu lehren und insofern vor dem Staate selbst Misstrauen einzuflößen.“ (Friedrich Nietzsche)


„Der OECD werden wir es zeigen!“, dachten sich wohl unsere Ökonomeversteher im Bundestag, und schon sind die deutschen Wahlkämpfer fester denn je entschlossen, die Krise mit sozialistischen Schildbürgerstreichen zu verstärken und ... zu verlängern! So darf nicht mehr der Verbraucher demokratisch darüber entscheiden, welches Unternehmen Geld verdient und welches Pleite geht, sondern die ökonomisch erleuchteten Abgeordneten der Volkskammer des Deutschen Bundestages machen nun „gute Schulden“, um den zuvor als systemisch (!) bedeutsam auserkorenen Branchen das Sterben zu verlängern – koste es, was es wolle.

Beispiel Autobranche. Saßen schon vor Beginn der Krise die Automobilproduzenten weltweit auf Überkapazitäten, die einer Produktionsmenge von ~6 Mio. Autos entsprach, so liegt diese heute nun bei prognostiziert **16 Millionen!** Gerade wohl deshalb sieht es Kanzlerin Angela Merkel nicht als Aufgabe der Politik, die „*Markbereinigung für die Welt*“ zu erledigen und stattdessen lieber windige Wirretten-(vielleicht)-Opel-Investoren mit Steuergeldmilliarden aus, obwohl es Opel selbst in Boom-Zeiten nie schaffte, Geld zu verdienen. Solche system(un)relevanten Unternehmen verdienen in Wahlkampfzeiten natürlich eine zweite Chance, wie Vize-Kanzler Frank-Walter Steinmeier zum Hohn der Steuerzahler in einem Beifallssturm verkündete: „*Ich habe den Opelanern in die Augen geschaut. Ich habe ihre Angst gesehen, ihre Hoffnung. Ich sage niemandem in Not: Du bist nicht systemrelevant.*“ – und schon wird staatlich subventioniert den anderen Autoherstellern Absatz entzogen, die nicht Opfer des eigenen Unvermögens geworden sind.

Absatzprobleme? Wo? In Deutschland! Das dürfen wir schon gar nicht zulassen und schon startete die aus Soziologen, Pädagogen und Gewerkschaftern bestehende – keynesianisch geschulte – Ökonomie-Elite des Bundestages mit der Abwrackprämie die größte Wertvernichtungskampagne der Nachkriegszeit. Was Rost oder TÜV nicht vermochte, trennt nun Deutschlands teuerster Wahlkampf voneinander. In einer grotesken Massenhysterie stürmen 2.000.000 mit 2.500 Euro um den Verstand gebrachte Altauto-Besitzer die Autobanken, um sich jetzt etwas zu leisten, was sie sich vorher nicht leisten wollten oder konnten. Und so ist es nur eine Frage der Zeit, bis nicht wenige der neuen Automobilisten der toxische Subprime-Duft einer

geplatzen Finanzierung umgeben wird, während die Pleite von diversen Autowerkstätten oder Möbelhändlern – angesichts der hier ausfallenden Nachfrage – staatlich geplant in Kauf genommen wird! Wann die Abwracker ihr neues Auto benutzen können, bleibt angesichts der – wie im SOZIALISMUS üblich – langen Lieferzeiten allerdings genauso offen, wie die Höhe des Absatzeinbruchs der Autoindustrie nach Ablauf der Prämie.

Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise läuft die Gehirnwäsche-Maschinerie der Politik und Finanzindustrie im Stile von „*Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten*“ (Paul Sethe im SPIEGEL, 1965) auf Hochtouren. So kann Konsum nur noch stattfinden, wenn dieser mit der modernsten Form der Vermögensbildung – Verschuldung – einhergeht. Doch diese ist nun in Gefahr, und schon wird eine Kreditklemme ausgerufen, obwohl, wie die Bundesbank ausführt, die Kreditvergabe an Unternehmen und Selbstständige im ersten Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahr sogar um 5% gestiegen ist.

Und so darf es auch – als teuerste und gefährlichste Zwecklegende der Bevölkerung ins Gehirn gebrannt – keine Bankpleiten in Deutschland geben. Entgegen der Aussage von Steffen Kampeter („*Wir können nicht den Bundeshaushalt zur Einlagensicherung des Bankensystems umfunktionieren.*“) peitschten die Regierungsparteien in Wochenfrist (!) das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) durchs Parlament, mit dem die Regierung ohne parlamentarische Kontrollmöglichkeiten und somit nach Einschätzung von Verfassungsrechtler Prof. Dr. Joachim Wieland unter [Missachtung des Grundgesetzes](#)  willkürlich über die Verteilung der dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung zur Verfügung gestellten 480 Mrd. Euro entscheiden kann!

„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ (Ex-Bundesbankpräsident Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Tietmeyer, 03.02.1996)

[Hand in Hand](#) haben Banken und Politik in den vergangenen Jahren unter dem Stichwort Basel II eine Regulierung geschaffen, in der die Zahl der Gesetze, Verordnungen und Merkblätter zum Risikomanagement der Banken ähnlich gewachsen sind wie die Risiken in den Bilanzen selbst. Mit der gesetzlichen Einführung theoretischer, „wissenschaftlich-mathematischer Risikomodelle“ – die bereits im ersten Stresstest 1998 durch den Hedge Fonds LTCM kläglich [versagt](#) hatten – konnten die Banken, denen es früher nur erlaubt war, das 18fache ihres Eigenkapitals zu verleihen, plötzlich mehr als das 50fache an Krediten vergeben. Da das aber noch immer nicht ausreichte, säte die deutsche Politik den Wünschen der Banken gehorchend mit der „[True Sale Initiative](#)“ (2003), die seitdem eigenkapitalschonende Verbriefungen über gewerbesteuerbefreite Zweckgesellschaften ermöglichte, genau den toxischen Verbriefungswind, der heute als Sturm der Kategorie 12 Schneisen in die deutsche Eigenkapital-Flachwurzler-Bankenlandschaft schlägt, insbesondere dort, wo wohlverdiente Provinzpolitiker, Aufsichtsräte besetzend, ihrem Ruhestand entgegen fieberten.

Nach Bekanntwerden der Schiefelage der halbstaatlichen IKB besänftigte Peer Steinbrück die Bevölkerung noch in den ersten Tagen damit, dass „*es keine Belastung*“

des Steuerzahlers geben wird“ und prompt durfte sich jeder Deutsche – vom Baby bis zum Rentner – nach einer Notinfusion von 10 Mrd. Euro um rund **125 Euro** ärmer fühlen. Gelogen hat unser Finanzminister nicht, denn schließlich wurde der Steuerzahler nicht mit den streng nach Sumpf riechenden Details ... *belastet!*

Gelang es der deutschen Politik noch ihr Versagen durch einen grotesk verlaufenden „**Verkauf**“ der IKB an eine von Franz Müntefering „heiß geliebte“ Heuschrecke unter dem Deckmantel der **Verschwiegenheitspflicht** zu begraben, während der Beschenkte – die amerikanische Beteiligungsgesellschaft Lone Star – sämtliche Untersuchungen rigeros beendete, war ihr spätestens im Januar 2008 das Glück nicht mehr hold. Georg Funke, der gelernte Immobilienkaufmann mit angelsächsischem Banking-Feinschliff und Vorstandschef der Hypo Real Estate Group (HRE), ließ seiner 2007er Ankündigung – „**Diversifikation** bedeutet [...] eine angemessene Risikosituation zu schaffen“ – mit der Mißachtung der „**goldenen Bankenregel**“ Taten folgen, die die als „**Bad Bank**“ der HypoVereinsbank abgespaltene Finanzholding „unsterblich“ machen sollte.

„*Wir werden nicht die Zeche für riskante Unternehmensentscheidungen zahlen*“ **verkündete** unsere Bundeskanzlerin energisch und erntete dafür tosenden Beifall vonseiten der Steuerzahler – allerdings verfrüht, denn mit „wir“ hatte die Kanzlerin leider Gottes nur sich, die Autoindustrie und ... die Glücksritter aus der Finanzindustrie gemeint! Als ob es noch irgendeines Beweises bedurfte, **versenkte** Peer Steinbrück, eine Katastrophe für die gesamte Finanzwelt beschwörend, reflexartig die ersten 82 Mrd. Euro in der von Jochen Sanio, BaFin-Chef, als „**Drecksbank**“ titulierten HRE, um zu retten, wo es nichts mehr zu retten gab. Damit der Staat endgültig Eigentümer des schwarzen Lochs werden konnte, durfte der Steuerzahler für weitere 290 Millionen Euro auch noch die restlichen wertlosen Aktien kaufen!

„*Ich halte das Vorgehen für alternativlos*“ befand Bundeskanzlerin Merkel, und so wird mit größter Selbstverständlichkeit der Steuerzahler auch bei den Landesbanken, die „lediglich“ Landesinteressen zur falschen Zeit (bis fünf nach zwölf) am falschen Ort (US-Hypothekenmarkt, OTC-Casinos, Steueroasen oder Island) wahrnahmen, vollhaftend eingesetzt. „*Seit Monaten weiß jeder, dass sie tot sind, aber anstatt die Landesbanken gemeinsam zu beerdigen, macht jeder auf seiner Spielwiese weiter*“, resümierte daraufhin fast schon resignierend **Otto Fricke**, Chef des Bundestags-Haushaltsausschusses. Von einem „*Wahnsystem*“ spricht in einem **SPIEGEL-Interview** der wegen der schon skandalös anmutenden HSH Nordbank-Stabilisierungsversuche zurückgetretene Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein Werner Marnette und erntete damit wenig Sympathien unter seinen „Es-ist-ja-nur-Steuergeld“-Kollegen.

„Die Finanzkrise ist eine Folge von Staatsversagen, nicht von Marktversagen.“ (**Otto Graf von Lambsdorff**, 01.10.2008)

Mit Bilanzsummen in Billionenhöhe und Eigenkapital im Promillebereich diktieren die Großbanken, immer mit der Systemabsturzdrohung „argumentierend“, nun der Gesellschaft die Spielregeln für ihre Rettung und den Umgang mit ihren toxischen Wertpapieren, die in Bankerssprache verharmlosend „leistungsgestörte Vermögenswerte“ heißen. Bereits **2003** (!) hatte Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann stellvertretend für die deutsche Finanzindustrie, wegen der schon

seinerzeit durch eigene Leistung gestörten Vermögenswerte in einstelliger Milliardenhöhe vorausschauend die Gründung einer „Bad Bank“ gefordert. *„Wie soll ich mit einem solchen Vorschlag vor den Deutschen Bundestag treten? Das Publikum würde uns für verrückt erklären“* sinnierte ein Bundesfinanzminister noch Ende Januar 2009, um nur drei Monate später ... letzte Zweifel daran auszuräumen. Statt der damals von Herrn Steinbrück noch als unzumutbar für den Bundeshaushalt abgelehnten Verlustrisikos über 150-200 Mrd. Euro, ergibt sich nun mit **816 Mrd. Euro** endlich ein akzeptables.

Aber *„warum beschließt das Bundeskabinett in seinem Bad Bank-Gesetz, leistungsgestörte Vermögenswerte zu isolieren, statt leistungsgestörte Kreditinstitute und ihre Vorstände?“* fragte Stefan Biskamp in einem Beitrag für die FINANCIAL TIMES.


Eine dumme Frage, angesichts der regierungsamtlich festgestellten Alternativlosigkeit?

Bis heute fehlt noch immer der politische Wille, „systemrelevanten“ Großbanken ihre Systemrelevanz z.B. analog des doch stets propagierten schwedischen „Bad Bank“-**Securum**-Modells ... durch Verstaatlichung, Abwicklung und Reprivatisierung zu nehmen! Ein Lösungskonzept, das auch von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und der Finanzlegende George Soros **gefordert** wird.

Klar, dass Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann nach den Rettungsbeschlüssen jetzt auf mittlere Sicht für die Finanzbranche wieder Eigenkapitalrenditen von 25% für realistisch hält, während der „sozialisierte“ Steuerzahler für die Privatisierung der Milliarden-Scheingewinne aus einer nun legalisierten Market-to-Fantasy-Bilanzierung garantiert. Die *„wir werden nicht aufhören, das zu tun, was uns zu einem führenden Institut gemacht hat“*-Ankündigung von Goldman Sachs-„Welt“-Chef Lloyd Blankfein schon im vergangenen November sollte die Bevölkerung als ernste Warnung verstehen, denn nun werden die staatlichen Rettungsbillionen für die durch **Zwangsfusionen** und Übernahmen jetzt erst recht „too big to fail“-gewordenen Banken die nächste Moral Hazard-Party anheizen! Schon feiert die unter staatlicher Aufsicht stehende **Citigroup** ihre Rettung durch den Steuerzahler mit der Erhöhung der Grundbezüge um bis zu 50%, während **Goldman Sachs** für 2009 die höchste Boni-Auszahlung in seiner 140-jährigen Firmengeschichte plant. Schließlich gilt es die Provisionsmilliarden aus der Platzierung von Staatsanleihen in Billionenhöhe, die zur Rettung des Finanzsektors eigens emittiert werden, als Belohnung für die „ganze Arbeit“ unter sich zu verteilen ... Genial!

Angesichts dieser etwas übertriebenen Genialität reift bei den ersten Verantwortlichen die Erkenntnis, dass die Beendigung dieses Systems ... ohne Alternative sein könnte. So äußerte der Gouverneur der Bank of England, Mervyn King nach zwei Jahren des Wegschauens kürzlich, dass *„es wenig sinnvoll ist, großen Banken zu erlauben, das eher traditionelle Geschäft mit Privatkunden zusammen mit dem riskanten Investmentbanking zu betreiben und indirekt schon vorab Staatsgarantien zu geben für den Fall, dass etwas schief geht. [...] Wenn einige Banken angeblich zu groß sind, um scheitern zu dürfen, dann sind sie einfach zu groß.“* Sheila Bair, die Vorsitzende des US-Einlagensicherungsfonds FDIC, **fordert** mit der Erfahrung aus bereits **45** in 2009 und **25** in 2008 abgewickelten US-

Pleitebanken die Autorität, „*Institute jeder Größe zu schließen, denn wenn der Mechanismus funktionieren würde, wüsste jeder: Große Finanzorganisationen können aufgelöst werden!*“

US-Präsident Barack Obama hingegen sieht die Sache noch ganz anders, denn „*um den angerichteten Schaden an der Wirtschaft zu beheben*“ möchte er der im **Privatbesitz** von wenigen Großbanken befindlichen US-Notenbank FED jetzt sogar noch die Aufsicht über das US-Banksystem zusprechen, also einer Institution, die selbst dem US-Kongress Auskunft darüber **verweigerte** , wer die Billionen aus ihren Rettungsmaßnahmen erhalten hat. Der altgediente republikanische Kongress-Abgeordnete Ron Paul kommentierte dieses Ansinnen so: „*Die Federal-Reserve-Bank unterstützt die Willkür der Regierung, ist außerdem illegal und moralisch verwerflich. Einzelpersonen ist das Geldfälschen verboten. Warum erlauben wir einer Bank, insgeheim Falschgeld zu produzieren? Es gibt viele Gründe, eine Zentralbank abzuschaffen, die uns so viel Schaden zufügt.*“

„Jeder, der glaubt, dass exponentielles Wachstum in einer endlichen Welt für immer weitergehen kann, ist entweder verrückt oder ein Wirtschaftswissenschaftler.“ (Kenneth Ewart Boulding, Ökonom)

Der amerikanische Finanzsektor wird bereits mit **13.903.000.000.000 USD** (!) gestützt und ist, obwohl schon 6,788 Billionen USD in seine Taschen flossen, noch immer ... Pleite! Sollten die im Februar im DAILY TELEGRAPH veröffentlichten Zahlen der EU-Kommission stimmen, sähe es für Europas Bankenlandschaft auch nicht wesentlich besser aus. 44% der Bilanzsumme oder entsprechend **18,2 Billionen Euro** sollen demnach allein die europäischen Bankbilanzen „vergiften“. Dass diese Zahl stimmen könnte, belegen die bisher in der Eurozone geschnürten Banken-Hilfspakete in Höhe von über **fünf Billionen Euro** – ein Betrag, der immerhin ~44% der gesamteuropäischen Wirtschaftsleistung eines Jahres entspricht!

„*Man kann Schulden nicht mit neuen Schulden und Defizite nicht mit Defiziten bekämpfen. Irgendwann ist das Ende der Fahnenstange erreicht*“ warnte der Luxemburger Premier Jean-Claude Juncker seine Kollegen, die aber alles daran setzen, dieses wirtschaftlich und moralisch bankrotte Finanzsystem mit Billionenbeträgen am Spekulieren zu erhalten und dabei die Kosten gern auf künftige Generationen verlagern würden. Diese Illusion könnte allerdings schneller an der Realität scheitern, als es Politiker und Notenbanker heute glauben. Zu sehr gleichen die Staatshaushalte der Industrienationen schon jetzt einem Schneeballsystem, in dem fällige Zins- und Zinseszinsen nur noch durch die Aufnahme immer höherer Schulden „bezahlt“ werden können. Dass dieses so über Jahrzehnte problemlos möglich war, sollte jedoch nicht den Blick für die exponentielle Dynamik des Zinseszinses verstellen, die letztendlich selbstzerstörend wirken muss.

Wie einfach diese Dynamik unterschätzt wird, zeigt schon die **Legende** vom indischen König Sher Khan und dem Erfinder des Schachbretts, der als Belohnung dafür nur so viel Reis wünschte, wie nach einer steten Verdopplung von Feld zu Feld (1,2,4,8,16 ...) am Ende auf dem Schachbrett liegen würden. Sind es auf dem 31. Feld erst etwas mehr als nur eine Milliarde, so wird daraus bereits nur zehn Felder weiter die Billion – unsere jetzt erreichte Schuldenrecheneinheit.

„Durch Kunstgriffe der Bank- und Währungspolitik kann man nur vorübergehende Scheinbesserung erzielen, die dann zu umso schwererer Katastrophe führen muss. Denn der Schaden, der durch Anwendung solcher Mittel dem Volkswohlstand zugefügt wird, ist umso größer, je länger es gelungen ist, die Scheinblüte durch Schaffung zusätzlicher Kredite vorzutäuschen.“ (Ludwig von Mises, 1922)

Per Ende 2008 hielt das Ausland nach Angaben der US-Regierung vom 26.06.2009 bereits knapp 7,3 Billionen USD an festverzinslichen US-Wertpapieren, welches der auf Wachstum fixierten US-Politik aber noch zu niedrig erscheint. Dem entsprechend sollen weitere Hoffnungspapiere auf Steuerzahlungen der US-Bürger – auch bekannt unter dem Namen Staatsanleihen – im „Wert“ von **~2,5 Billionen USD** die Investorenherzen in aller Welt höher schlagen lassen. Ob und zu welchen Zinssätzen diese Papiere zu platzieren sind, ist dabei absolut offen. Dass die langfristigen Zinsen nach der Ankündigung der FED selbst für 300 Mrd. US-Staatsanleihen kaufen zu wollen, nicht wie erwartet sanken, sondern um ~80% stiegen, zeigt die Furcht der Investoren vor dem, was der FED-Chef und bekennender Inflationist Ben Bernanke („Wir können Trost darin finden, dass die Logik der Notenpresse sich Geltung verschaffen wird.“) der restlichen Welt als erfolgreiche Notenbankpolitik verkauft. So musste US-Finanzminister Timothy Geithner im Rahmen einer US-Dollar-Loblied-Roadshow jüngst auch seinen mit ca. 2 Billionen USD größten Gläubiger in China besuchen und fand dort vor heimischen Studenten mit seiner Aussage „*Chinese assets are very safe*“ größten Anklang – er wurde ... ausgelacht!

Die Forderung von China und Russland vor, auf und nach dem G20-Gipfel im April nach einer neuen, einer rohstoffgedeckten Weltreservewährung läßt bereits erahnen, dass diese nicht mehr ohne Weiteres bereit sind, das Leitwährungsprivileg des US-Dollars länger hinzunehmen und – wie in der Vergangenheit – die US-Defizite uneingeschränkt zu finanzieren.

Sehr spannend wird auch die künftige Entwicklung im Euro-Raum. Innerhalb kürzester Frist haben sich mit Ausnahme Finnlands alle Mitglieder von der Einhaltung der Maastricht-Defizitkriterien verabschiedet und untergraben damit das ohnehin schon wacklige Fundament der Währungsunion noch etwas intensiver. Ob die „unabhängige“ EZB, die anders als die amerikanische FED einen klaren Stabilitätsauftrag in Sachen Gemeinschaftswährung hat, der Destabilisierung der Euro-Zone entgegenwirken oder eine Monetarisierung der neuen Schulden mittragen wird, ist eine noch offene Frage. Doch das könnte sich schlagartig ändern, wenn nach der **442,12 Mrd. Euro**-Rekordliquiditäts(über)flutung von 1.121 europäischen Banken durch die EZB deren Kreditvergabe nicht das von der Politik und Notenbank für notwendig erachtete Niveau erreicht – Bonität hin oder her?! „*Sollten die Maßnahmen der Notenbanken am Deleveraging der Banken scheitern*“, so Bundesbankpräsident und Wirtschaftsprofessor **Axel Weber**, „*werden die Notenbanken die Banken umgehen müssen und die Wirtschaft direkt stützen!*“

Allein Deutschlands Vorzeigebank, die Deutsche Bank, kommt auf eine Bilanzsumme, die mit 2,103 Billionen Euro (1. Quartal 2009) fast der gesamten jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung entspricht. Darüber hinaus hält sie ein nominales Derivate(bedrohungs)volumen in Höhe von 50,43 Billionen Euro (!) in ihren Büchern und das bei gerade einmal ... 33,7 Mrd. Euro Eigenkapital! Um die Versorgung der Wirtschaft mit Kredit, den die Politik sichergestellt sehen möchte,

kann es aber bei diesen Zahlen offensichtlich nicht mehr gehen. Das Deleveraging, also die Reduktion der aberwitzigen Kredithebel, könnte als Alternative zur Lösung der Finanzkrise in Erwägung gezogen werden ... oder sogar *ohne* Alternative sein!

Obwohl keiner der keynesianischen Mainstream-Professoren die Krise kommen sah, und dann, als sie ausbrach, kaum einer deren Dimension verstanden hat, fühlen sich aber genau dieselben Theoretiker noch immer berufen, die Lösungen für einen Weg aus der Krise vorzugeben. Und so wird den Kredit-Junkies im Finanzsystem keine Entziehungskur verordnet, sondern das Verschuldungsproblem mit einer Flut neuer Schulden „bekämpft“.

Die Politik ist damit nach unserer Überzeugung auf dem besten Weg mittelfristig eine das Vertrauen in die Papierwährungen gefährdende Inflationsspirale zu erzeugen und beschreitet mit den Rettungsmaßnahmen für Bankrotteure den von der österreichischen Schule der Nationalökonomie lange vorhergesagten Weg in den Sozialismus.

„Die Entwicklung zum Sozialismus hat sich nicht nur durch formelle Übertragung des Eigentums an den Staat vollzogen. Auch die Beschränkung der Befugnisse des Eigentümers ist ein Mittel zur Sozialisierung. Wenn ihm die Verfügungsmöglichkeit stückweise genommen wird, in dem der Staat sich immer mehr Einfluss auf die Bestimmung und Art der Produktion sichert, und von dem Ertrag der Produktion einen immer größeren Anteil heischt, so wird dem Eigentümer immer mehr und mehr entzogen, bis ihm nur noch der leere Name des Eigentums bleibt, das Eigentum selbst aber ganz in die Hände des Staates übergegangen ist.“

Ludwig von Mises, 1922

Hamburg, im Juli 2009



Dipl.-Kfm. Martin Mack



Dipl.-Kfm. Herwig Weise



Volker Schnabel

MACK & WEISE
VERMÖGENSVERWALTUNG

COLONNADEN 96 · 20354 HAMBURG
TEL 040/35 51 850 · FAX 35 51 85 11
INFO@MACK-WEISE.DE · WWW.MACK-WEISE.DE